Zur Produktion sicherer Räume: Lokale Sicherheitspolitik in Grossbritannien am Beispiel Glasgow

Gesa Helms

Einleitung

Beispiele angloamerikanischer lokaler Sicherheitspolitik und Kriminalitätsprävention haben in den letzten Jahren vermehrt Eingang in deutsche Diskussionen zum Thema Sicherheit und Stadtentwicklung gefunden. Das wohl bekannteste Beispiel des *community policing* ist ein weitgefasstes Konzept, mit dem auf kommunaler Ebene Präsenz, Legitimation und Effizienz der Polizei durch verstärkte Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern praktiziert werden soll. Solch integrative Strategien der Polizeiarbeit sind ein erklärtes Mittel (wie auch häufig Ziel) der zahlreichen Sicherheitspartnerschaften. In Folge der gesetzlichen Verordnung kommunaler *Crime Reduction Partnerships* in England und Wales durch den *Crime and Disorder Act* (1998) finden sich in lokalen Foren z.B. zu Wohnungswesen, Vandalismus, Drogenbekämpfung und Jugendkriminalität unterschiedliche Akteure zusammen.

Die dabei verwendete Terminologie gibt zugleich Aufschluss über ein bestehendes Spannungsfeld zwischen situativer *crime reduction* und sozialintegrativer *community safety*. Diese Begriffe skizzieren zwei aktuelle Tendenzen und Praktiken innerhalb der britischen Sicherheitspolitik auf nationalstaatlicher und kommunaler Ebene, die Implikationen für die Sozialpolitik, das Polizeiwesen ebenso wie für betroffene Bevölkerungsgruppen (Gilling 2001).

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Innerhalb der britischen Stadtpolitik ist das Thema Sicherheit im öffentlichen Raum fester Bestandteil von Stadtentwicklung und -marketing. Mit Blick auf aktuelle Diskussionen widmet sich dieser Beitrag einer Anzahl an Projekten und Initiativen, mit denen der öffentliche Raum (und mit ihm Teile der Bevölkerung) „gesichert" werden soll. Basierend auf Forschungsarbeiten in der altindustrialisierten Großstadt Glasgow werden kommunale Sicherheitspartnerschaften in der Innenstadt, Straßensozialarbeit und polizeiliche Intervention für Obdachlose und Prostituierte sowie die Etablierung kommunaler Sicherheitsdienste außerhalb der Polizei untersucht (Helms 2003).

Der methodologische Zugang liegt auf den sozialen (Arbeits-)Praktiken. Zu ihrer Untersuchung wurden überwiegend Methoden der qualitativen Sozialforschung angewendet. Mehr als 40 Experteninterviews wurden geführt mit Teamleitern und weiterem Personal im unteren Führungsbereich von Polizei, Sicherheitspartnerschaften, Straßensozialarbeit, Stadtverwaltung und anderen relevanten Organisationen. Darüber hinaus wurden Schlüsselakteure wie Teamleiter des Ordnungsdienstes teilnehmend beobachtet. Letztlich wurde eine Textanalyse verschiedener Materialien (sowohl graue Literatur als auch solche informeller Art wie die Aktivitätsaufzeichnungen des Ordnungsdienstes) durchgeführt. Hiermit versucht die Arbeit, die Konsequenzen (sowie die Begrenzungen) von Sicherheits*diskursen* im öffentlichen Raum und im Stadtumbau in den Blick zu nehmen und dabei insbesondere die Arbeitsweisen der Organisationen, die kontrollieren, patrouillieren und sichern, zu untersuchen.

Beginnend mit einer Untersuchung der aktuellen Themen von Sicherheits- und Kriminalitätspolitik im britischen Kontext möchte ich zunächst die beiden zentralen Spannungslinien aufzeichnen: die Prävention von Kriminalität durch Ausgrenzung und Risikominimierung einerseits und die soziale Integration von Tätern und Frühintervention andererseits. Diese beiden Strategien werden mit dem Ziel verfolgt, Kriminalität in marginalisierten Vierteln zu bekämpfen und damit die Lebensqualität der Bevölkerung zu steigern. Beide Strategien machen Gebrauch von grundlegenden Einflüssen innerhalb der briti-

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Politik – und zwar der Ausrichtung entlang eines Kommunitarismus, der sich auf *community, safety* sowie die Rechte und Pflichten der Einzelnen bezieht. Diese Ausrichtung wird im weiteren Verlauf des Beitrags im Hinblick auf die Institutionen sowie die konkreten Praktiken spezifiziert, in denen diese Themen bearbeitet werden.

Zunächst zur Kriminalprävention. Parallel zu Entwicklungen in anderen westlichen Staaten lässt sich auch in Großbritannien eine Verstärkung von Prävention und Risikominimierung feststellen (Johnston 2000; Lyon 2001). Situative Kriminalitätsprävention hat in Großbritannien ihren Ursprung Anfang der 1980er Jahre in Margaret Thatchers *Home Office* und dessen Studien zur Effizienz bestimmter Präventionsmethoden und -mittel. Mit dem Nachweis, dass „etwas funktioniert", bot sich die situative Kriminologie (Clarke 1992; Clarke/Mayhew 1980) für die Politikberatung an. Dieses geschah mittels einer einfachen Logik, die einen Ausweg aus dem Dilemma des als gescheitert betrachteten Rehabilitationsideals der 1970er Jahre (Garland 2001) zu bieten schien: Nicht mehr die Untersuchung der Ursachen von Kriminalität steht hier im Vordergrund, sondern die Verhinderung von Tatgelegenheiten. Wie Hughes/McLaughlin (2002) kommentieren, bot die situative Kriminalitätsprävention somit ein technizistisches und administratives Wissen an, mit dem opportunistische Entscheidungsprozesse potenzieller Täter geändert, die Aufdeckungsrate erhöht oder einfach der Tatgegenstand entfernt werden konnte.

Gleichzeitig wurden die Strafen für überführte und verurteilte Delinquenten verschärft. Ähnlich wie in den USA ist als Folge auch das britische Justizsystem überlastet, und es werden Rufe nach neuen (und oftmals privatisierten) Gefängnissen laut (Wacquant 2001). Diese Tendenzen zu Prävention und Ausschluss stehen jedoch nicht allein. Denn gleichzeitig existiert weiterhin der Dualismus innerhalb des Justizsystems zwischen dieser Art rationalisierendem Management von Risiko und Gefahr und dem emotionalen Wunsch nach Bestrafung (Crawford 1998; Garland 2001). Letzterer wird v.a. in einem kommunitaristischen Kontext artikuliert.

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Insbesondere innerhalb der sozialdemokratischen Politik von *New Labour* werden beide Aspekte eng miteinander verknüpft. Soziale Gerechtigkeit und besonders soziale Integration (*social inclusion*) sind seit Beginn der Labourregierung 1997 Leitthemen öffentlicher Diskussionen. Zu einem wesentlichen Teil stellt diese Politik eine Fortführung quartiersorientierter Stadterneuerungspolitik der 1960er Jahre dar. Sicherheit wird hierbei als ein Maßnahmenbereich eingesetzt, mit dessen Hilfe soziale Gerechtigkeit innerhalb der Stadtteile erreicht werden soll – insbesondere durch die Bekämpfung von Ordnungsdelikten, lebensqualitätsmindernden Straftaten sowie von Gewalt- und Drogenkriminalität.

Community, Sicherheit und Stadtpolitik

Das Themenfeld, unter dem die meisten sicherheitspolitischen Programme und Entwicklungen stattfinden, ist das der *community safety*. Dieser Begriff entzieht sich jeglicher einfacher Übersetzung. Zunächst einmal *safety*: Während in der deutschsprachigen Diskussion „Sicherheit" als gängiger Begriff verwendet wird, stehen im Englischen hierfür *security* und *safety* zur Verfügung. Rein positiv konnotiert bezeichnet *safety* das persönliche Wohlbefinden, das aus Sicherheit resultiert. Dieses Wohlbefinden entsteht nicht nur durch die Abwesenheit von Kriminalität(-sfurcht), sondern z.B. auch durch sicher angelegte Kinderspielplätze, Arbeitssicherheit im Betrieb oder Brandschutz in Wohngebäuden. Während zuviel *security* durchaus kritisch diskutiert wird, z.B. im Hinblick auf den Ausschluss von Bevölkerungsgruppen, scheint ein Übermaß an *safety* nicht möglich zu sein. *Community* als Untersuchungsobjekt stellt uns ebenfalls vor definitorische Schwierigkeiten. Zunächst ist die gegenständliche Bezugsebene zu nennen, nach der sowohl der Stadtteil, die Nachbarschaft und die Gemeinschaft gemeint sein können. Noch weiter geht der britische

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Historiker und Kulturwissenschaftler Raymond Williams (1983: 76) in seiner Auseinandersetzung mit dem Begriff:

> „The complexity of community thus relates to the difficult interaction between the tendencies originally distinguished in the historical development: on the one hand the sense of direct common concern; on the other hand the materialization of various forms of common organization, which may or may not adequately express this. [...] What is most important perhaps, is that unlike all other terms of social organization (state, nation, society etc.) it seems never to be used unfavourably, and never to be given any positive opposing or distinguishing term."

Auch *community* ist also durchweg positiv belegt. Der Erfolg der britischen Stadtpolitik im Aufgreifen von Kriminalitätsdiskursen und -ängsten liegt m.E. auch und gerade hier begründet: denn gerade weil *safety* und *community* per se positiv besetzt sind, können Fragen von Kriminalität, individuellen Rechten und Pflichten und sozialen Beziehungen in der Gemeinschaft und dem Stadtviertel unter diesem Label zunächst auf grundsätzliche Unterstützung hoffen. Die gegenwärtige britische Sicherheitspolitik bietet folglich Einblick in die Umstrukturierung der Beziehungen zwischen Staat, Gesellschaft (oder Gemeinschaft) und Individuen. Ein prominenter Ansatz ist dabei das in den USA viel diskutierte und nach Europa exportierte Konzept der *Broken Windows* von Wilson/Kelling (1982). Obschon sich Politiker und Praktiker gleichermaßen darauf beziehen, zeigt die nähere Betrachtung, dass vor allem Wirtschaftsförderer und Stadtplaner die Argumentation aufgreifen, dass geringfügige Zeichen der Verwahrlosung zu einer gefährlichen Abwärtsspirale der betroffenen Stadtteile führen. Dieses selektive Rezipieren gilt es näher zu beleuchten, da es nicht nur Einblicke in die gegenwärtige Kriminalpolitik bietet, sondern darüber hinaus Aufschluss gibt über die Wahl von Methoden und Zielvorstellungen dessen, was Sicherheitspolitik leisten soll. Hier interessiert *Broken Windows* als Strategie in benachteiligten Wohnvierteln und im Hinblick auf bereits identifizierte Problemgruppen.

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Denn die Kernthese von *Broken Windows* beruht auf der Annahme, dass sich in Stadtteilen, die physische Zeichen der Verwahrlosung aufweisen, und in denen diese Zeichen nicht bekämpft werden, kriminelles Verhalten entwickelt und zum dominanten Verhaltensmuster wird. Dementsprechend sei es von entscheidender Wichtigkeit, dass geringen Verstößen gegen die öffentliche Ordnung und jeglichen Delikten, die die bebaute Umwelt beeinträchtigen (Vandalismus, Graffiti und eben die zersplitterten Fensterscheiben), sofort entgegengetreten wird. Als unmittelbare Antwort auf solche Gefahren ist *Zero Tolerance Policing* (ZTP) als rigoros durchgreifende Polizeiarbeit zu verstehen.

Hierbei fällt auf, dass viele der betroffenen Handlungen nicht einmal Delikte, geschweige denn Straftaten sind. „ZTP is, in the widest sense, about establishing a new morality by referring to the ‚good community' and thereby attempts to engineer behaviour and social norms" (Belina/Helms 2003: 1848). Diese Tendenz zu einer verstärkten Regulierung des Alltagslebens durch den Staat findet sich in der britischen Sozialpolitik in weiten Bereichen wieder. So wird in der vor kurzem gehaltenen Eröffnungsrede des neu gewählten Parlaments die Wichtigkeit von Respekt und Zivilcourage betont (Her Majesty The Queen 2005). Ebenso steht das „Bürgerbewusstsein" (*civic pride*) im Zentrum vielfältiger Aktivitäten von Politikern, Praktikern und Wissenschaftlern, die damit den Annahmen des *Broken Windows* Ansatzes über soziale Bindungen und Gemeinschaft Bedeutung verleihen.

Im Zentrum der Sicherheitspolitik und ihrer lokalen Formulierung und Anwendung steht also eine nur vage bestimmte *community* als Stadtteil und Gemeinschaft. Dies spiegelt sich wider in der Art und Weise, in der sich der Staat (insbesondere mittels der Polizei als dem Arm des Gesetzes) zur Bevölkerung verhält bzw. sich auf sie bezieht. Wie stark sich hierbei situative *crime reduction* gegenüber einer potenziell sozialintegrativen *community safety* langfristig durchsetzt, ist zunächst unklar. Es stellt sich jedoch die Frage nach der Institutionalisierung dieser Diskurse und der divergierenden Arbeitspraktiken: Wie wird *community* verstanden in Hinblick auf lokale Sicherheitspolitik? Und ferner: Wie wird eine solche Politik

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

organisatorisch um- und durchgesetzt? Da dieses nicht alleinig in der Sicherheitspolitik geschieht, werden im Folgenden Argumente der *New Urban Politics* zur Umstrukturierung des institutionellen Rahmens britischer Stadtpolitik aufgegriffen.

Die Organisation lokaler Sicherheitspolitik

Während diese aktuellen Trends von Kommunitarismus und Risikominimierung die bereits angerissenen Grundthemen von Sicherheit und Gesellschaftsorganisation prägen, lassen sie sich ebenfalls in der Organisation der lokalen Sicherheitspolitik, sowohl in Bezug auf die Akteure als auch in der Verzahnung mit nationaler Politik, nachweisen. Ein solcher Blick auf die Organisationsformen der Sicherheitspolitik ermöglicht uns, das Ausmaß der Umsetzung obiger Trends und Tendenzen zu untersuchen. Es stellt sich hierbei die Frage, inwieweit soziale Integration bzw. situative Prävention Einzug gehalten haben in die Institutionen lokaler Sicherheitspolitik.

Ein Beleg für diese Umstrukturierung kann in den Aufgaben der öffentlichen Polizei erblickt werden, deren Rolle innerhalb der Stadtteile und der Gemeinschaft in den vergangenen Jahren stark in den Vordergrund gestellt wurde (Johnston 2000). Eine Umstrukturierung ist ebenfalls festzumachen an der Etablierung verschiedenster Partnerschaften zu Themen wie öffentliche Sicherheit, Kriminalität, Drogen, Vandalismus oder Jugendliche. Der Impetus der *public-private partnerships* (PPP) liegt hierbei zum einen sicherlich in ihrer staatlichen Verordnung. Besonders deutlich ist dies in England und Wales im Hinblick auf *Crime Reduction Partnerships*, deren Einrichtung durch den *Crime and Disorder Act* (1998) für die Kommunen eine Verpflichtung ist. Hughes/McLaughlin (2002: 151) sehen den Ursprung der Partnerschaften in der Kriminalpolitik allerdings schon viel früher; und zwar in dem Versuch der konservativen Regierung der 1980er Jahre, einen pragmatischen Präventionsansatz zu entwickeln: „[This] would redefine

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

responsibility for the regulation of crime, create a cost-effective and efficient criminal justice system, depoliticise questions of crime and punishment and [...] prioritise the need for crime prevention." Für die Autoren ist somit die Organisation der Kriminalpolitik eng verknüpft mit den politischen Zielen einer konservativen Innen- und Sicherheitspolitik, die Prävention favorisierte. In dieser Argumentation ist die Regierungspolitik von *New Labour* seit Mitte der 1990er Jahre weitaus stärker als Kontinuität denn als Bruch zu bewerten, wie Gilling (2001: 391) kommentiert „Under community safety's strong communitarian themes, New Labour has continued this [conservative] theme of community defence, based upon a civic intolerance of incivility." Besonders deutlich wird dieses ebenfalls in dem *Crime and Disorder Act* (1998), der mit der *Anti-Social Behaviour Order* (ASBO) einen neuen Straftatbestand geschaffen hat, mit dem besonders geringfügige Delikte gegen öffentliche Ordnung wie Vandalismus und Ruhestörungen bekämpft werden sollen.

Dass Politik vermehrt auf Partnerschaften, Arbeitskreise u.ä. zur Bewältigung von Problemen zurückgreift, ist weder thematisch auf Sicherheitspolitik noch geographisch auf Großbritannien begrenzt. PPPs als Institutionen stehen im Mittelpunkt von *New Labours* Verwaltungs- und Managementreformen und gelten als eines der Herzstücke des „Dritten Weges" (Cabinet Office 1999; Hughes/McLaughlin 2002). Denn mit ihrer Hilfe, so die Argumentation, könne der öffentliche Sektor auf die Privatwirtschaft ebenso wie auf die Zivilgesellschaft zurückgreifen, um Effizienz- und Legitimationsprobleme zu überwinden.

In der angloamerikanischen Stadtforschung sind die *New Urban Politics* viel diskutiert worden (Cochrane 1999; Cox 1993). Harveys (1989) frühe Arbeiten zu Postfordismus und dem Modus eines neoliberalen *urban entrepreneurialism* haben Einfluss auf eine ganze Reihe kritischer Ansätze gehabt, in denen PPPs als integraler Bestandteil eines „real existierenden Neoliberalismus" (Brenner/Theodore 2002) eingeordnet werden. So sind in einem internationalen Kontext *New Labours* Beispiele von PPPs in der Gesundheitspolitik und Bildungspolitik als eine Fortsetzung neoliberaler Politik und der Privati-

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sierung öffentlicher Dienste einzuordnen. Es sind beides Bereiche, die stark auf privatwirtschaftliche Finanzierung kapitalintensiver Bauprojekte wie Krankenhäuser und Schulen zurückgreifen, die an die Kommunen oder Gesundheitsbehörden verpachtet werden.

Vorteile der Partnerschaften als Organisationsform werden darin gesehen, dass bürokratische Strukturen und deren Ineffizienzen umgangen werden können. Dies ist besonders im Bereich der Kriminalitätspolitik von Bedeutung, die, wie Crawford (1998: 170) argumentiert, horizontal zu traditionellen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Sozialpolitik angesiedelt und somit von bestehenden Problemen der Bürokratie relativ unbelastet sei. Gleichzeitig ist diese Institutionalisierung jedoch problematisch im Hinblick auf die unterschiedlichen Machtpositionen der Akteure, insbesondere den institutionellen Kompetenzen der Hauptakteure von Polizei und Kommune. Zum anderen treten Konflikte bei Zielen und Methoden der Partner auf.

Die räumliche Umstrukturierung staatlicher Zuständigkeiten und Einflusssphären wird in Großbritannien unter dem Begriff der Regionalisierung und Dezentralisierung diskutiert. Hierbei ist jedoch zu betonen, dass das britische politische System, im Unterschied zum deutschen, stark zentralstaatlich organisiert ist und seit der Abschaffung der *Metropolitan Councils* Anfang der 1980er und der Umstrukturierung regionaler und lokaler Verwaltungsstrukturen so gut wie keine regionale Ebene existiert. Mit der Abtretung bestimmter Zuständigkeiten an das schottische Parlament sowie die nordirische und walisische Nationalversammlung sind die Stimmen für eine Aufwertung der englischen Regionen, insbesondere des Nordostens, lauter geworden (Hudson 1998). Das entstehende Institutionennetzwerk ist dennoch stark zentralisiert, da sowohl der Impuls zur Etablierung regionaler Wirtschaftsförderungsgesellschaften und somit einer der wesentlichen Institutionen der Dezentralisierung als auch die Aufgabenverteilung von der Nationalregierung eng vorgegeben wird.

Ähnlich sieht es mit der Schaffung lokaler Partnerschaften und Initiativen aus. Wie schon zu Thatchers Zeiten die *Urban Development Corporation* und zahlreiche weitere Stadterneue-

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rungsprojekte als *Quangos* (*Quasi Non Government Organisations*) direkt der Zentralregierung unterstanden, so ist die Mehrheit der sicherheitspolitischen Partnerschaften, Initiativen und Projekte ebenfalls direkt dem *Home Office*, dem *Department of Trade and Industry* (DTI) oder dem *Office of the Deputy Prime Minister* (ODPM) unterstellt. Wie Beobachter kommentieren, scheint die sozialdemokratische Regierung das Misstrauen gegenüber den Kommunen sowie die damit einhergehenden Versuche, ihre Einflusssphäre zu regulieren, fortzuführen.

> „[...] we think it is worth considering how the changing processes of governance involve the remaking of state power and its extension through new means [...]. This perspective enables us to view New Labour's compulsory partnerships as an attempt to recruit *subordinate* partners into the project of ‚modernising' government" (Clarke/Glendinning 2002: 46).

Ganz besonders deutlich wird dieses, wenn die vielfältigen Anforderungen bezüglich der Finanzierung, Evaluierung und dem Monitoring der Partnerschaften und ihrer Programme betrachtet werden (Hughes/McLaughlin 2002). Hierbei zeigt sich, wie weit Praxis und Diskurs von *community*, „Bürgerbewusstsein" und sozialer Integration tatsächlich auseinanderklaffen, denn die Konsequenz des *New Public Managements* liegt vielfach in der Verringerung demokratischer Beteiligungsverfahren für betroffene Bürgergruppen, besonders wenn dieses soziale Randgruppen sind. Darüber hinaus bemerken Kritiker, dass Bürgerbeteiligung und Einbindung innerhalb der stark regulierten Aktionspläne mit ihren vielfältigen zu erreichenden Zielen zu einer Alibifunktion gerät (Imrie/Raco 2003). Dieses wird noch einmal durch Colemans (2004: 68) Einschätzung unterstrichen, dass der Erfolg der PPPs im Wesentlichen abhängt von ihrer Fähigkeit zu strategischen Allianzen, informellen Entscheidungsfindungsprozessen, der Nähe zu zuständigen Behörden und Organisationen sowie ihrer Fähigkeit, sich den Finanzierungsbedingungen anzupassen. Diese erforderlichen Fähigkeiten führen dazu, dass

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die Partnerschaften, ähnlich wie *quangos*, nur schwer dem demokratischen Prozess zugänglich oder durch demokratische Entscheidungen beeinflussbar sind. An diese Überlegungen schließt die Frage an nach der Rolle von *community* und ihrer Interessenartikulation innerhalb der Neuorganisation von Sicherheitspolitik vor Ort.

Sicherheitspolitik für die *community*?

Wie bereits erwähnt, ist die Polizei als zentraler Akteur geprägt von den aktuellen Entwicklungen. Auf Stadtteilebene ist hier besonders die Einrichtung einer „Nachbarschaftspolizei" in einer Reihe städtischer Gegenden zu erwähnen. Diese *Community Police Officers* sind hauptsächlich während des Tages zu Fuß in ihren Abschnitten unterwegs. Ferner gehen sie zu Versammlungen, halten Vorträge in Schulen und fungieren allgemein als Ansprechpartner. In diesem Sinne erfüllen sie die Funktionen, die Kelling/Wilson (1982) für eine Umorientierung der nordamerikanischen Polizei in Richtung Bürgernähe diskutierten. Im britischen Kontext ist die Beziehung zwischen Polizei und Zivilbevölkerung bestimmt durch den Scarman Report aus den frühen 1980er Jahren (Scarman 1981), insbesondere im Hinblick auf ihre Rolle in (innerstädtischen Problem-)Vierteln.[1] Als Untersuchungsreport über die innerstädtischen Aufstände im Süden Londons verwies Scarman

1 Der Report erschütterte den Mythos des freundlichen Polizeibeamtens auf Streife, der bis zu den Londoner Aufständen weitgehend ungestört war. Durch die 1984er Arbeiteraufstände in den Kohleabbauregionen Nordenglands konnte dieses Bild dann endgültig nicht mehr gehalten werden. Die Dominanz dieser Entwicklung erklärt zu einem nicht unerheblichen Teil die relative Verhaltenheit britischer Polizeibehörden gegenüber ZTP als rigoroser Strategie (Innes 1999).

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

insbesondere auf Polizeipraktiken, in denen willkürlich schwarze Jugendliche angehalten und überprüft wurden. Zur Diffusion dieses Konfliktpotentials empfahl die Kommission als Strategie zur Integration und Kommunikation den Einsatz von *community policing*. Aktuell lässt sich darüber hinaus eine Fragmentierung der polizeilichen Akteure verzeichnen. Neben der Privatisierung der Polizei im Bereich des Gebäudeschutzes bestehen seit kurzem eine ganze Reihe öffentlich finanzierter Programme, in denen Hilfspolizisten und Ordnungsdienste zur Entlastung der Polizei eingestellt werden (Crawford/Lister 2004). Das Aufgreifen der Terminologie der *community safety* schlägt sich nicht nur nieder in der Schaffung von Patrouillen zu Fuß, sondern ebenfalls in den Delikten und Straftaten, mit denen sich die Polizei befasst. Unter den Titeln *Zero Tolerance Policing* und *Broken Windows* geht es dabei um die Probleme, die die Bevölkerung am meisten belasten: Gewalttaten, Störung öffentlicher Ordnung, Jugendliche und Drogendelikte.

Dies zeugt zunächst davon, dass auf die Bedürfnisse der Bevölkerung stärker eingegangen und der Lösung ihrer Probleme Priorität zugemessen wird. Zugleich findet genau an diesem Punkt oftmals die bereits erwähnte Abgleichung lokaler Interessen mit denen von Wirtschaftsförderung und Stadtplanung statt. Es werden die Bedürfnisse anerkannter sozialer Gruppen selektiv aufgegriffen, die mit den zuvor formulierten Zielen übereinstimmen. Jenseits solch funktionalistischer Bürgerbeteiligung argumentieren einige Wissenschaftler für das demokratische Potenzial, das Aspekte einer sozialintegrativen *community safety* tatsächlich für eine Artikulation einer bedürfnisorientierten Politik und für basisdemokratische Zwecke gerade in benachteiligten Stadtteilen bereit halten. Beispiele hierfür sind etwa die frühen Initiativen, die sich mit der Sicherheit von Spielplätzen oder der Verkehrssicherheit in Wohnvierteln beschäftigten (Hughes/Edwards 2002).

Hancocks (2001) Studie gibt Einblick in die Artikulation und Organisation lokaler Sicherheitsbedürfnisse gerade in solchen Stadtteilen (in Liverpool), in denen besonderer Entwicklungsbedarf und geringe Organisationsfähigkeit angenommen werden. Ihre Forschung zeigt allerdings auch die Probleme der Vereinnahmung lokaler Interessen zur Umsetzung lokaler Si-

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

cherheitsagenden. Dieses ist besonders auf den Umstand zurückzuführen, dass für betroffene Stadtteile Sicherheitsmaßnahmen häufig nur ein Aspekt tiefgreifender, oftmals mit Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zusammenhängender Probleme ist. Dementsprechend ist bei speziellen Programmen Skepsis geboten, da diese häufig nur kurzfristig angelegt und finanziert sind.

Ein besonderer Schwerpunkt dieses Beitrags lag bisher auf der steigenden Bedeutung, die dem Viertel und der Gemeinschaft (der *community*) als Subjekt und Objekt der Umsetzung solcher Politikinitiativen zugeschrieben wird. Dieses findet sich in der Etablierung von Sicherheitspartnerschaften und der Organisation der Polizeiarbeit, besonders im Hinblick auf *community policing*. Angerissen worden ist in dieser Diskussion außerdem das Verhältnis der Sicherheitspolitik nicht nur zur Sozialpolitik, sondern auch zu Stadterneuerung und Stadtumbau. Vor diesem Hintergrund ist lokale Sicherheitspolitik in Wohngebieten und im Stadtzentrum integriert in nationale Programme, in denen „Nachhaltige Stadtteile" ökonomisch erfolgreiche Bestandteile einer *New Urban Politics* sind. Dabei gilt es jedoch nicht zu vergessen, dass Sicherheitspolitik und Stadterneuerung als oftmals zentralen Bezugspunkt die Innenstadt und Geschäftsbereiche der Stadtzentren haben. Denn hier findet die post-industrielle Ökonomie in Einzelhandel und Dienstleistung ihre Umsetzung (Coleman 2004).

Im zweiten Teil dieses Beitrages möchte ich diese Argumentationslinie genauer herausarbeiten – zunächst als kurzen Literaturüberblick und dann mit Bezug auf eine mehrjährige Forschungsarbeit über die Verknüpfung sicherheitspolitischer Fragestellungen in der Umstrukturierung der altindustrialisierten Region Glasgows.

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Stadtumbau und öffentliche Ordnung

In den vergangenen zehn Jahren haben die Themenbereiche Sicherheit und Kriminalitätsprävention Eingang in Diskussionen über Stadterneuerung gefunden, insbesondere vor dem Hintergrund sozioökonomischer Umstrukturierung hin zur Dienstleistungsökonomie. Das Kernargument der Debatte liegt hierbei auf der wachsenden Bedeutung weicher Standortfaktoren für den Erfolg im Einzelhandel ebenso wie im Event- und erlebnisorientierten Stadtmanagement. Harveys (1989) Aussagen über die Notwendigkeiten eines verstärkten Wettbewerbs zwischen Städten um Anteile an der neuen Industrie waren frühe Analysen, die durch die Praxis des Stadtmarketings und der lokalen Wirtschaftsförderung in den folgenden Jahren bestätigt wurden. Während sich Stadtmarketing in Großbritannien in den vergangenen zehn Jahren in der Mehrzahl der Städte etabliert hat und für die Sicherung des öffentlichen Raumes als Mittel der Umsatzsteigerung plädiert, findet in der britischen Stadtpolitik eine weit umfassendere Umformulierung städtischer Politik statt. Im Gegensatz zur expliziten Interessenvertretung des Stadtmarketing besitzt diese Umformulierung den Anspruch auf Allgemeininteresse und somit größere Legitimität. Vor dem Hintergrund, dass auch eine siebenjährige sozialdemokratische Regierung Verarmung und Polarisierung nur begrenzt hat mindern können (Dorling/ Thomas 2004), ist das Interesse an sozialem Zusammenhalt als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum zu verstehen. Dementsprechend findet in der Stadtpolitik (Stadt als lokale Verortung der Armut und Ausgrenzungsprozesse) eine verstärkte Verbindung von Sozial- und Wirtschaftspolitik statt. Diese drückt sich vornehmlich aus in der Reorganisation der Beschäftigungspolitik sowie der Modalitäten wohlfahrtstaatlicher Leistungen – jeweils bezogen auf die Fähigkeiten, Motivationen und Verpflichtungen Einzelner.

Die Neuausrichtung lässt sich ebenfalls in den Programmen der Stadterneuerungspolitik feststellen. Diese orientierte sich bis vor kurzem unter dem Begriff der *Urban Renaissance* besonders an Design- und Architekturfragen (Urban Task Force

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1999), mit deren Hilfe eine Wiederbelebung städtischer Straßen und Plätze oft im Sinne kontinentaler oder mediterraner Öffentlichkeit zu erreichen versucht wurde. In den letzten drei Jahren ist eine Hinwendung zur „nachhaltigen Stadt" zu verzeichnen. Nachhaltigkeit wird dabei als wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit verstanden (ODPM 2005). Sie soll durch die oben genannten beschäftigungspolitischen Maßnahmen erreicht werden und durch Maßnahmen, die Sicherheit zum Ziel haben. Zum einen geht es um die Verbesserung des Wohn- und Geschäftsumfelds und des öffentlichen Raumes, zum anderen darum, sich mit den „Verursachern" der Probleme zu beschäftigen: Jugendlichen, Drogenabhängigen und Dealern, aber auch Personen, die *anti-social* sind – sei es durch Lärmbelästigung, Mobbing oder auch nur aufgrund psychischer Krankheiten.[2]

Zur Produktion sicherer Räume

Vor diesem Hintergrund von lokaler Sicherheitspolitik und Stadtumbau stellt sich die Frage nach der Umsetzung von Strategien und Programmen in „Praktiken des Sicherns". Anstatt auf der programmatischen Ebene zu bleiben, liegt mein besonderes Interesse in der Umsetzung (und damit auch Modifikation, Annahme und selektiver Verweigerung) bestimmter Maßnahmen zur Sicherheit. Diese Perspektive auf die Stadt und städtische Prozesse greift eine Reihe theoretischer und insbesondere methodologischer Ansätze auf. Prominent hierbei ist Henri Lefèbvres (1991) Produktion des sozialen Raumes. Mittels einer Triade bestehend aus räumlicher Praxis, Repräsentationen des Raumes und Räumen der Repräsentation versteht er die Stadt als dialektischen Prozess und als soziales Produkt. Vor diesem Hintergrund ist seine Aussage zu verstehen, dass jede Gesellschaft ihren eigenen Raum produziert (Lefèbvre

2 So mehren sich Zeitungsberichte über Fälle, in denen Jugendliche mit Verhaltenstörungen oder Geisteskrankheiten per *Anti Social Behaviour Order* kriminalisiert werden (Bright 2005).

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

1991: 31). Gesellschaftliche Praktiken dienen hierbei der Vermittlung von Struktur und Subjekt. Lefèbvres Arbeiten haben besonders in der englischsprachigen Humangeographie große Beachtung gefunden in der Untersuchung von städtischen Prozessen, besonders insbesondere im Hinblick auf seine Philosophie (Elden 2001), aber auch im Hinblick auf die Möglichkeiten, sein Konzept der Räume der Repräsentation fruchtbar zu machen für eine Untersuchung von Widerstandspotenzialen und Utopien (Smith 1998). Für die vorliegende Forschungsarbeit wurde im besonderen Maße Lefèbvres Verständnis von räumlicher (und sozialer) Praxis herangezogen, das er bereits in früheren Arbeiten entwickelt hatte (Lefèbvre 1966; 1968). Es bietet die Möglichkeit, städtische Prozesse in einer Weise zu untersuchen, die nicht nur auf der Ebene des Diskurses und der Repräsentationen verbleibt (an denen ja v.a. der *cultural turn* in besonderem Maße interessiert ist). Vielmehr versteht Lefèbvre seine Triade ebenfalls als ein politisches Projekt mit dem die Begrenzungen des „mentalen Raumes", die in der Triade als die Repräsentationen des Raumes vertreten sind, aufgezeigt und überwunden werden können, da Stadt eben immer auch *gelebt* und *erfahren* wird. Gregory (1994: 361) kommentierte hierzu, übrigens ebenso wie Lefèbvre selber (1991: 368), dass diese Triade am besten als ein offenes Projekt zu verstehen ist, welches in erster Linie Möglichkeiten eröffnet und nicht in erster Linie zunächst weniger auf die Beantwortung von Fragen gerichtet ist.

Mit der daraus entstehenden Frage, wie soziale (und damit räumliche) Praktiken im Feld der Sicherheitspolitik zu untersuchen sind, rücken zunächst eine Reihe ethnographischer Ansätze ins Blickfeld. Von besonderer Bedeutung ist hier die deutschsprachige Alltagsgeschichte, deren Interesse an Routinepraktiken Hilfestellung bot in der Entwicklung der Forschungsmethodologie (Lüdtke 1992; 1997; Medick 1996). Dieses ist insofern wesentlich, als dass dieser Ansatz ähnlich wie Lefèbvres Konzeption von einem relationalem Verständnis von Gesellschaft ausgeht, und hier ebenfalls die sozialen Praktiken als zentraler Bezugspunkt für eine kritische Gesellschaftsanalyse fungieren. Mit solchem Bezug untersucht die Alltagsgeschichte laut Lipp (1990: 72) zum einen die sich wie-

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

derholenden Aspekte des Lebens, den Arbeitsalltag im Unterschied zu Feierlichkeiten, privates statt öffentliches Leben, oder, zum anderen bestimmte Formen des Bewusstseins, der Wahrnehmung und Erfahrung, die unreflektiert bleiben und im Gegensatz zum rationalen und wissenschaftlichen Denken einer automatisierten, täglichen Routine unterliegen.

Sowohl die Alltagshistoriker als auch Lefèbvre rücken den menschlichen Körper als Bezugssubjekt und -objekt ins Zentrum dieser sozialen Praxis. Dieser Körperbezug findet sich in der angloamerikanischen Humangeographie, in der in den letzten Jahren ebenfalls praxisorientierte Epistemologien stark an Beachtung gewonnen haben, v.a. im Umfeld Nigel Thrifts (1996) und seinem Interesse an *non-representational theory*. Für Thrift geht es hierbei um diejenigen Praktiken, in denen der menschliche Körper nicht repräsentiert, also vermittelt wird, sondern sich vielmehr als kreatives Subjekt *präsentiert*, z.B. durch Tanz und andere primär körperliche Aktivitäten, in denen sich so durch Praxis das Individuum konstituiert. Das Problem dieses Ansatzes liegt jedoch in der fehlenden Rückbindung der Subjektkonstituierung an gesellschaftliche Praktiken und soziale Beziehungen.[3]

Eine Untersuchung der Arbeitspraktiken in Verbindung mit den entsprechenden Programmen und Strategien ermöglicht die differenzierte Analyse nicht nur der programmatischen Erklärungen, sondern darüber hinaus auch ihrer Relevanz für die Praxis. Frühe Implementationsforschung befasste sich vornehmlich mit den Problemen der Umsetzung von Programmen und Maßnahmen und bot somit eine praxisorientierte Position. Mit dem verstärkten Interesse an Diskursen und ihrer Artikulation ist diese Praxisorientierung jedoch in Gefahr, gänzlich der angewandten Forschung und der Evaluierung und dem Monitoring überlassen zu werden. Mir scheint, dass damit ein potenziell wichtiges Korrektiv der Aussagefähigkeit der Diskursanalyse außer Acht gelassen wird. Vor diesem Hintergrund versuchte mein Forschungsprojekt, sich der

3 Für eine ausführliche Diskussion dieser theoretischen Bezugspunkte siehe Helms (2003).

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Implementation nicht nur rein pragmatisch zu nähern, sondern auch mit Hinblick auf Rationalisierungen und Erklärungsmuster, die in der Praxis eingesetzt werden. Zu diesem Zweck konzentrierte sich die Forschung v.a. auf die Riege der unteren Vorgesetzen und Gruppenleiter als denjenigen, die zum einen Einblick in übergreifende Strategien in ihrem Arbeitsfeld haben, zum anderen aber auch in die tagtägliche Arbeit vor Ort integriert sind. Drei Themen sind mittels dieser Perspektive auf Arbeitspraktiken untersucht worden:

- Kommunale Sicherheitspartnerschaften und -foren
- Straßensozialarbeit mit Obdachlosen und Prostituierten
- ein kommunaler Ordnungsdienst in der Innenstadt

Diese drei Projekte sind situiert im Kontext des Strukturwandels der altindustrialisierten schottischen Großstadt Glasgow. Seit den 1980er Jahren gehört Glasgow zu den Städten, die bereits früh durch Image- und Marketingkampagnen begonnen haben, eine Dienstleistungs- und Einzelhandelsökonomie als Weg aus der Deindustrialisierung zu etablieren. Insbesondere durch Glasgows Wahl zur Europäischen Kulturhauptstadt 1990 wurde dieses international wahrgenommen und als erfolgreich eingestuft (Bianchini/Parkinson 1993). Die Hauptakteure dieser Stadterneuerung sind neben der Kommunalverwaltung die lokale Wirtschaftsförderungsgesellschaft, *Scottish Enterprise Glasgow*. Der wirtschaftliche Erfolg der letzten zwanzig Jahre ist jedoch weniger eindeutig. Während die Stadt ohne Zweifel erhebliche Investitionen in der Infrastrukturausstattung und einen beträchtlichen Zufluss an Direktinvestitionen zu verbuchen hat (OECD 2002), weisen Kritiker auf die prekäre Natur dieser neuen Industrien hin, da sie zum Großteil im Callcenter-, Restaurations- und Hotelgewerbe sowie im Einzelhandel angesiedelt sind. Im Hinblick auf die Lebensqualität der Bevölkerung zeigt die Volkszählung 2001, dass 41 % der Glasgower Haushalte in relativer Armut leben (Dorling/Thomas 2004), die höchste Konzentration Großbritanniens auf Kommunalebene. Einen einführenden Überblick hierzu bieten Bailey et al. (1999), Glasgow Alliance (2000) und Mooney/Johnstone (2000).

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Arbeits- und Alltagspraktiken der Sicherheit

Kommunale Sicherheitspartnerschaften

Die Akteure der Stadterneuerung in Glasgow haben in den vergangenen zehn Jahren zunehmend sicherheitspolitische Fragen aufgegriffen. Hierbei ist insbesondere die Etablierung einer städtischen *Community Safety Partnership* in 2000 zu nennen. Die Partnerschaft ist verantwortlich für das Netzwerk der auf Stadtteilebene organisierten Sicherheitsforen. Mittlerweile ist sie Bestandteil der Stadtentwicklungsabteilung der Kommune. Allerdings hat sie ihren Ursprung in einer frühen Initiative der (nicht mehr existenten) Bezirksverwaltung. Die Richtlinien der schottischen Regierung (Scottish Executive 1999) erfüllend, ist die Verankerung der Partnerschaft innerhalb der Stadtverwaltung ein Indikator für ein hohes Interesse an Sicherheitspolitik. Zu Beginn konzentrierte sich die Partnerschaft im Wesentlichen auf die vom sozialen Wohnungsbau dominierten Stadtteile. Die Aktivitäten der Partnerschaft, ebenso wie ihrer lokalen Foren, sind stark gekennzeichnet von traditionellen Maßnahmen der Verbesserung des Wohnumfelds und des öffentlichen Raumes. Hier z.B. in den Worten der Projektleiterin eines lokalen Forums in Drumchapel, einer der peripher gelegenen Großwohnsiedlungen:

> „The establishment of a video surveillance scheme] took up a lot of the forum's time but [...] we've managed now to widen our agenda and to broaden our outlook onto community safety. Some of the things we've been working on was an anti-graffiti and vandalism campaign in a small area in Drumchapel, one of the worst areas of vandalism, *reported* vandalism, [...] we worked very quickly to remove any fly-tipping and graffiti and generally cleaning up the area. [...] We believe that vandalism and... a high rate of graffiti, actually attracts people to vandalise properties in the area round about it and that has been proven to be true to us because we've seen a dramatic increase in the community coming up to us and reporting in those areas and subsequently a dramatic decrease in vandalism. So we focused

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> very much on that [...]." (Interview, Projektleiterin des lokalen Sicherheitsforums)

Zur gleichen Zeit ist die städtische Sicherheitspartnerschaft auch für die Innenstadt zuständig. Als Geschäftszentrum und Ort der Konsumption ist die Innenstadt gekennzeichnet von der höchsten Konzentration einer Reihe von Delikten und Straftaten. Ferner findet sich auch in den Randgebieten des Zentrums eine Konzentration des sozialen Wohnungsbaus. In den Diskussionen und Konflikten innerhalb des Sicherheitsforums für die Innenstadt lässt sich die Formulierung der Interessen des Einzelhandels, aber noch vielmehr des Stadtmarketings ablesen.

Kriminalpräventive Maßnahmen wurden seit Ende der 1990er Jahre von der *City Centre Partnership* (CCP) im Rahmen des Stadtmarketings und -managements aufgegriffen. Im Untersuchungszeitraum managte die CCP das Videokameranetz in der Innenstadt und koordinierte die *City Centre Representatives*, einen kommunalen Ordnungsdienst, der auch Graffitis und Plakate in der Innenstadt entfernt (s. auch unten). Darüber hinaus hat sich die CCP besonders dafür stark gemacht, eine striktere Reglementierung und möglichst eine Verdrängung der Verkäufer der Obdachlosenzeitung *Big Issue* zu erreichen. Dieses wurde mit verschiedenen Öffentlichkeitsinitiativen sowie Möglichkeiten lokaler Verordnungen gegen das Betteln versucht. Als Sprachrohr der Einzelhandels- und Unternehmensinteressen in der Innenstadt ist das Aufgreifen von Sicherheitspolitik hier klar definiert als Priorisierung von Einzelhandelskriminalität und dem Ausgrenzen unerwünschter Gruppen. Während in den Anfangsphasen der *Community Safety Partnership* solche Interessen im wesentlichen ausgeschlossen wurden und sich stattdessen mit der Steigerung von Lebensqualität der innerstädtischen Wohnbevölkerung (oftmals im sozialen Wohnungsbau) gewidmet wurde, ist mit der Etablierung einer *Crime Reduction Partnership* im Stadtzentrum in 2002 eine Interessenvertretung gegen Einzelhandelskriminalität etabliert worden.

Auf städtischer Ebene ist die Kommune in den vergangenen Jahren zum koordinierenden Akteur geworden. Während in

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den ersten Jahren die Polizei als traditionelle Ordnungsinstanz Sicherheitspartnerschaften initiierte, hat diese die Leitungsrolle inzwischen teilweise abgegeben. In den Fällen, in denen dieses erfolgreich geschah, wurde es von Interviewpartnern innerhalb der Polizei als positiver Schritt gesehen, die wachsenden Zuständigkeitsbereiche, in denen Ordnung und Sicherheit Leitthema sind, dadurch zu begrenzen, dass andere zuständige Behörden und Organisationen ebenfalls zur Verantwortung gezogen werden. Das tatsächliche Ausmaß, in dem diese Verantwortung abgegeben wird, ist jedoch nicht einfach zu ermessen, da viele Akteure zur gleichen Zeit Skepsis gegenüber der Praxisorientierung und dem tatsächlichen Einfluss der zahlreichen Partnerschaften und Foren zeigen.

Die Ausrichtung der Maßnahmen orientiert sich an denen, die nach dem *Broken Windows* Ansatz die Funktionalität der Gemeinschaft bedrohen (siehe Zitat oben). Diese Orientierung an der Verbesserung der lokalen physischen Infrastruktur ist unter den Partnern sowohl gemeinsamer Nenner als auch ein vielversprechendes Angebot, in kurzer Zeit Lösungen für lokale Probleme liefern zu können, wie es im Protokoll des Innenstadtforums zu lesen ist:

> „It was re-emphasised that the prime aim was to achieve local solutions to local problems. Saltmarket and Townhead were selected because funding was available and we could deliver a solution quickly ensuring a positive start for the forum". (Protokoll des City Centre West Community Safety Forums)

Dementsprechend werden Probleme aufgegriffen und innerhalb weniger Monate mit massivem Einsatz angegangen oder, in den Worten eines Mitarbeiters des Stadtmarketings, „zu Tode geknüppelt". Mit dieser pragmatischen und problemorientierten Vorgehensweise besitzt die lokale Sicherheitspolitik einen erwähnenswerten Vorteil gegenüber traditionellen kommunalen Aufgaben. Die Analyse der behandelten Probleme zeigt immer wieder, dass lokale Sicherheitsforen in der Lage sind, Probleme erfolgreich aufzugreifen und zu beheben, die auf mangelnde Instandhaltung und Infrastrukturausstattung

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der lokalen Wohnungspolitik zurückzuführen sind. Nicht zurückgeschnittene Büsche und ausgetretene Pflaster werden als Sicherheitsmaßnahmen angegangen, nicht aber als Routine der Stadtreinigung oder Wohnungspolitik. Mittels einer Forschungsperspektive, die sich dem Untersuchungsgegenstand zunächst durch Arbeitspraktiken nähert, ist es möglich, eben solche Verschiebungen zwischen Arbeitsalltag und Diskurs herauszuarbeiten. Die Repräsentationen von sicheren Räumen, eben durch Erklärungen, die auf *Broken Windows* beruhen, stellen hier nur einen der städtischen Prozesse dar.

Straßensozialarbeit

Dass Sicherheit als „Abwehr *von* [...]" verstanden wird, ist der erste Bezugspunkt des *Broken Windows* Ansatzes. Mit der Angst vor Zeichen der Verwahrlosung geht die Ausgrenzung derjenigen einher, die diese Zeichen zu verursachen und verstärken scheinen – aus Angst von ihnen belästigt zu werden, wie Wilson/Kelling (1982: 30) in ihrer Aufzählung betonen: „[N]ot violent people, nor, necessarily, criminals, but disreputable or obstreperous or unpredictable people: panhandlers, drunks, addicts, rowdy teenagers, prostitutes, loiterers, the mentally disturbed". Neben ihrer Erscheinung sind ihre Handlungen ebenfalls als gefährlich (und unerwünscht) deklariert. Mit der Einrichtung der speziell auf Einzelhandelskriminalität ausgerichteten *Crime Reduction Partnership* reagieren insbesondere die Akteure des Stadtmanagements auf diese Probleme. In der Öffentlichkeit sind sie fast uneingeschränkt in der Lage, sich als die diskursiv dominante Position zu präsentieren und somit ihre Interessen in der Formulierung von Kriminalitäts- und Sicherheitsdebatten zu artikulieren.

Dieses steht im Unterschied zu den oftmals lang etablierten Praktiken, mit denen die anvisierten Zielgruppen von Obdachlosen und Drogenabhängigen auf der Straße überwacht, reguliert und auch unterstützt werden. Straßensozialarbeit in Glasgow wird zum Großteil von Wohlfahrtsorganisationen im Bereich der Obdachlosenbetreuung und Jugendarbeit organisiert. Die beiden Hauptakteure sind die *Simon Community* und *Barnardo's*, letzterer Arbeit konzentriert sich besonders auf gefährdete Jugendliche und Kinder, während die karitative Ar-

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

beit der *Simon Community* sich mit Obdachlosen im Erwachsenenalter beschäftigt. Darüber hinaus betreut der *Big Issue* seine recht umfangreiche Gruppe an Zeitungsverkäufern. Im Bereich der Straßenprostitution ist die Polizei mit ihrem *Street Liaison Team* dabei, den Frauen Schutz und Hilfe gegenüber gewalttätigen Kunden zu bieten, sofern sie in dem Bereich arbeiten, in dem Straßenprostitution toleriert wird. Von den Organisationen, die im Bereich der Straßenprostitution arbeiten, ist diese Alternative zur Sittenpolizei hoch geschätzt, da das Polizeiteam anerkennt, dass die Prostituierten weitaus öfter zu Opfern von Verbrechen werden als dass sie sie selber begehen. Im Zuge dieser Arbeit hat die Polizei ihren Arbeitsbereich auch auf die innerstädtischen Obdachlosen ausgedehnt. Hier ist die Einschätzung des Erfolges der Maßnahmen jedoch von allen Seiten weniger positiv. Jedoch ist dieser Schritt insoweit begrüßenswert, als dass die zuständige Polizeibehörde zuvor scharf kritisiert wurde in ihrem Umgang mit Obdachlosen, der von Kriminalisierung und Vertreibung gekennzeichnet war (Ballintyne 1999; Fitzpatrick/Kennedy 2000).

Im Blickfeld der Videokameras und den Augen der Polizisten und Straßensozialarbeiter stehen die Alltagspraktiken der Obdachlosen, sei es sozialer Art – wie essen, schlafen oder sich treffen – oder ökonomischer. Auffällig hierbei ist die Selektivität der Reaktionen auf verschiedene Tätigkeiten, je nachdem zu welchem Zeitpunkt und an welchem Ort sie stattfinden. So wird z.B. Prostitution in einem Teil der Innenstadt zwischen 20 Uhr und 6 Uhr morgens toleriert. Besonders deutlich ist diese selektive Praxis in der Anwendung und Durchsetzung des 1996 erlassenen Verbots, Alkohol im öffentlichen Raum zu konsumieren. Auf Drängen der Kommune und der lokalen Wirtschaftsförderung erließ der Stadtrat eine entsprechende Verordnung, die seitdem von der Polizei durchgesetzt wird. Laut Sozialarbeitern fand die Durchsetzung der Verordnung, die besonders gegen Straßentrinker und Jugendliche gerichtet war, durch die Polizei jedoch nur zögerlich statt.

> A: So you've had the tendency in the first few months, the first few months, people were arrested but what you see now if they are on the streets drinking, the police just go up

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> to them „Hide the bottle," you know, „don't get caught," and walk on.
> GH: Alright, or the other one is that they just pour the drink out.
> A: But to be honest, only the nasty cops would pour the drink away, most cops would just „Hide it". They actually, that's what I see them doing, they just walk to you and [say] „hide it". (Leiter der Straßensozialarbeit, *Big Issue*)

Zum Vorschein tritt hier die Fähigkeit, nicht nur der Straßensozialarbeit, sondern auch der Polizei auf Streife die Bedeutung und Signifikanz bestimmter Tätigkeiten zeit- und ortsabhängig einzuschätzen und selektiv zu regulieren. Dies steht den Forderungen des Stadtmarketings gegenüber, die ja Obdachlose und Unerwünschte immer und überall vertrieben wissen will. Die Divergenz zwischen Diskurs und Praxis in diesem Feld wird verstärkt durch die aggressive Formulierung des städtischen Wettbewerbs um Attraktivität und Umsatz, artikuliert v.a. durch Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung. Die Begrenzung solcher Repräsentationen lässt sich anhand der Arbeitspraktiken vor Ort verdeutlichen. Hier zeigt sich relativ unbemerkt nicht nur eine Fortführung bestehender sozialpolitischer Praktiken in der Regulierung sozialer Randgruppen, sondern eine institutionelle Reorganisation, mittels derer die Polizei ihren Aufgabenbereich erweitert. Inwieweit hierbei soziale Randgruppen als Bestandteil einer innerstädtischen *community* integriert werden und nicht vertrieben werden, heißt es abzuwarten. Ob solch eine Integration einen Ausweg aus Obdachlosigkeit, Armut und Drogenabhängigkeit bietet, ist allerdings noch eine andere Frage.

Kommunales Patrouillieren und Regulieren

Während die Diskussion der Straßensozialarbeit die Divergenz von Praxis und Diskurs britischer Sicherheitspolitik im städtischen Raum aufzeigte, möchte ich in meiner letzten Beobachtung noch weiter auf die Alltagspraktiken städtischer Sicherheit eingehen. Wie in den beiden vorangegangenen Abschnitten geht es auch in dem Beispiel eines kommunalen Sicherheitsdienstes, den Glasgower *City Centre Representatives* (fol-

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gend auch *Representatives*) um die institutionelle Neuorientierung der städtischen Akteure. Die Glasgower *Representatives* haben ihren Ursprung in der Zusammenarbeit der lokalen Wirtschaftsförderung mit der Kommune. Angelehnt ist das Projekt an nordamerikanische und niederländische Beispiele, in denen kommunale Ordnungsdienste hilfspolizeiliche Aufgaben, oftmals in Verbindung mit Stadterneuerungsmaßnahmen, verrichten. Für Glasgows *Representatives* wurden als vorrangige Aufgaben die Begrüßung und Information von Besuchern der Innenstadt sowie die Pflege und Instandhaltung des öffentlichen Raumes im Stadtzentrum angesehen. Darüber hinaus ist ihre uniformierte Präsenz insofern von Bedeutung, als dass sie Geschehnisse und Personen beobachten, Informationen sammeln und diese an die entsprechenden Institutionen weiterleiten.

Im Laufe seines Bestehens ist das Projekt (ähnlich wie die oben erwähnte *Community Safety Partnership*) in die Kommunalverwaltung integriert worden und arbeitet eng mit Ordnungsamt und Stadtreinigung zusammen. Während das Projekt im Wesentlichen Ordnungsaufgaben der Kommune übernimmt, wird es als Beschäftigungsfördermaßnahme finanziert. Dies hat Konsequenzen für die Zukunft und die längerfristige Finanzierung des Projektes. In den zehn Jahren seines Bestehens hat das Projekt immer wieder versucht, sich als eigenständiges (soziales) Unternehmen zu etablieren, das sich über seine Dienstleistungen finanziert. Diese Suche nach neuen Tätigkeitsfeldern ist nicht unproblematisch, da bestehende Organisationen, insbesondere die Touristeninformation und Teile der Stadtreinigung, das Projekt mit seinen geringen Lohnkosten zumindest zunächst als Konkurrenz ansahen.

Während in den ersten Jahren des Projektes die *Representatives* gemeinsam mit der innerstädtischen Videoüberwachung geleitet und koordiniert wurden, sind es mittlerweile zwei selbständige Organisationen ohne personelle Überschneidung. Mit der Distanzierung der Projekte voneinander hat sich ebenfalls eine Distanzierung der *Representatives* von der Polizei vollzogen, die nach wie vor eng mit dem Kontrollraum der Videoüberwachung zusammenarbeitet. So wurde in weit weniger großem Umfang die Polizei auf Nachfrage eines Passan-

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ten verständigt. Im Gegenzug lässt sich eine Ausweitung ordnungspolitischer Aktivitäten im Auftrag der Stadtverwaltung feststellen. Insbesondere die Beseitigung von gefährlichem Abfall, die Kontrolle von Verkehrsbegrenzungen und die Einhaltung der Abfallverordnungen werden zum Zweck der Schaffung eines attraktiven (und sicheren) öffentlichen Raumes in den Vordergrund gestellt. Trotz der hohen Sichtbarkeit ihrer Präsenz sind solche ordnungsamtlichen Tätigkeiten gleichzeitig charakterisiert von einem hohen Maß an Diskretion. Wenn sie z.B. Fahrzeugkennzeichen aufnehmen, die die Fußgängerzone unzulässigerweise befahren, gehen sie wie folgt vor:

> „We try not to let them see you doing it all to save any conflict. Part of our job as well is to tell people „We're not police. We're not traffic wardens." For which we get mistaken for all the time. [We are] trying to do it as discreetly as possible." (Interview mit drei *Representatives*)

Die Existenz des Projektes ermöglicht ein improvisiertes Eingreifen und Handeln in Notfällen. Als schnelle Einsatzgruppe können die *Representatives* meist zügig und flexibel auf Geschehnisse in der Innenstadt reagieren. Dazu gehören zum Beispiel Vergehen gegen die öffentliche Ordnung oder Einbrüche, in denen sie mit der Polizei kommunizieren und ggf. bis zum Eintreffen der Polizei für Ordnung sorgen.

Wie sehr vor Ort polizeiliche Funktionen fragmentiert sind, mag die Diskussion dieses Beispiels vor Augen geführt haben. An den *Representatives* wird die verstärkte Rolle der kommunalen Verwaltung in der Sicherheitsproduktion ebenso deutlich wie eine Reihe von Reorganisationsprozessen und die Notwendigkeit einer differenzierten Arbeitsteilung. Ebenso zeigen sie die erfolgreiche Integration von Wirtschaftsförderungs- und Stadterneuerungsinteressen in die Regulierung innenstädtischer Räume. Die Rolle der Glasgower *City Centre Representatives* in diesem Kontext ist im Wesentlichen gekennzeichnet von Aktivitäten, die der Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung sowie der Einhaltung lokaler Verordnungen dienen. Dass diese jedoch zu Zeiten nicht von der Unterbindung (und Verfolgung) von Straftaten zu trennen ist, wurde

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ebenfalls demonstriert. Mit dieser Fragmentierung polizeilicher Tätigkeiten ist es Akteuren der Stadtpolitik möglich geworden, ihre Interessen (die von der Polizei oftmals als unwichtig angesehen werden) aufzuwerten und gezielt „Unordnung" zu bekämpfen.

Diskussion

Dieser Beitrag hat zunächst die aktuellen Tendenzen britischer Sicherheitspolitik zwischen situativer *crime reduction* zur Risikoabwehr und -minimierung und Ansätzen sozialintegrativer *community safety* skizziert. Die Konfliktlinien zwischen diesen beiden Ansätzen wurden zurückgeführt auf das Weiterbestehen der traditionellen Spannung zwischen Bestrafung und Rehabilitation (Garland 2001). Ferner sind diese Spannungen indikativ für die augenblickliche Reorganisation britischer Politik im umfassenderen Maße, nämlich einer Betonung von kommunitaristischen Werten, ausgedrückt in der nur vage definierten *community* und einer damit einhergehenden verstärkten Regulierung des Alltagsleben der Bevölkerung. Innerhalb der Stadtpolitik drückt sich dieses ganz besonders aus in dem Aufgreifen des *Broken Windows* Konzepts als Erklärungszusammenhang zwischen physischen Zeichen der Verwahrlosung, Ordnungsdelikten und dem Verlust sozialer Bindungen.

Vor diesem Hintergrund legte dieser Beitrag zum ersten einen besonderen Schwerpunkt auf die organisatorische Umstrukturierung der Sicherheitspolitik, mit deren Hilfe diese Schwerpunktverschiebung institutionell verankert werden soll. Zum zweiten führte er die Notwendigkeit an, die sozialen Praktiken, mit denen diese Themen umgesetzt werden, zu untersuchen und somit die Überschneidungen und Diskrepanzen zwischen Diskurs und Praxis herauszuarbeiten. Hierbei wurde Lefèbvres *Produktion des sozialen Raumes* als Theorievorlage herangezogen. Mit Bezug auf Arbeiten der deutschsprachigen Alltagsgeschichte rückte die soziale Praxis ins Blickfeld der

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

empirischen Forschungsperspektive – als Vermittlungsebene zwischen gesellschaftlichem Subjekt und Struktur. Auch wenn im Rahmen dieses Beitrags theoretische Ausführungen nur angerissen werden konnten, ermöglicht eine solche Zentrierung auf soziale Praxis eine Annäherung an die aktive und kontinuierliche Produktion von Sicherheit in Prozessen des Stadtumbaus, wie an den empirischen Ausführungen gezeigt wurde.

Die empirischen Beispiele zur Organisation und Praxis lokaler Sicherheit innerhalb der britischen Stadtpolitik konzentrierten sich auf die Artikulation verschiedener Gemeinschaftsinteressen an „ihrer" Sicherheit in der Innenstadt – besonders im Hinblick auf Wohnbevölkerung gegenüber Stadtmarketing und Einzelhandel. Hier wurde gezeigt, wie letztere sich erfolgreich als innerstädtische *community* definieren konnten und eine fast exklusive Ausrichtung der lokalen Sicherheitspartnerschaft an Einzelhandelskriminalität und Vertreibung unerwünschter Gruppen durchsetzen konnten. Mit der Diskussion der Straßensozialarbeit für Obdachlose und Straßenprostituierte wurden konkrete Regulationspraktiken der diskursiven Dominanz des Stadtmarketings entgegengestellt – insbesondere als diese ebenfalls eine Reorganisation der polizeilichen Aktivitäten in Verbindung mit klassischen Institutionen der Sozialarbeit darstellen. Die Praktiken des Patrouillierens und Regulierens öffentlicher Räume standen im Vordergrund des dritten Beitrags über die *City Centre Representatives* als kommunalem Ordnungsdienst. Mit ihrer Etablierung findet nicht nur eine Fragmentierung des Polizeiwesens statt, sondern sie ermöglichte ebenfalls eine Aufwertung der Delikte und Vergehen, die für Stadtverwaltung und Wirtschaftsförderung von besonderer Relevanz sind.

Alle drei empirischen Projekte haben somit eine nähere Bestimmung der Modalitäten, in denen Sicherheitspolitik und Stadtpolitik miteinander verbunden werden, geliefert. Sie zeigen die Institutionalisierung verschiedener Partnerschaften ebenso wie deren verstärkte Ausrichtung auf Maßnahmen, die eindeutigen Bezug nehmen auf Wilson und Kellings *Broken Windows* Konzept. Schließlich leisten sie den Versuch, mittels einer methodologischen Perspektive auf soziale Praktiken vor

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ort einen Einblick zu bieten in die Bedeutung öffentlicher Sicherheitsdiskurse für die Praxis. Mit der steigenden Bedeutung, die Politikprogrammen und Maßnahmenkatalogen zugewiesen wird, ist eine solche Untersuchung nicht nur der Implementation, sondern der Einbindung, Modifikation und auch einer Formulierung von Erklärungsmustern vor Ort unerlässlich.

Literatur

Bailey, Nick/Turok, Ivan/Docherty, Iain (1999): Edinburgh and Glasgow: contrasts in competitiveness and cohesion, Glasgow: Department of Urban Studies, University of Glasgow.

Ballintyne, Scott (1999): Unsafe Streets. Street homelessness and crime, London: IPPR.

Belina, Bernd/Helms, Gesa (2003): Zero Tolerance Policing for the industrial past and other threats: Policing and urban entrepreneurialism in Britain and Germany. Urban Studies 40 (9), S. 1845-1867.

Bianchini, Franco/Parkinson, Michael (Hg., 1993): Cultural policy and urban regeneration. The West European experience, Manchester: Manchester University Press.

Brenner, Neil/Theodore, Nicolas (2002): Cities and spaces of „actually existing neoliberalism". Antipode 34 (3), S. 349-79.

Bright, Martin (2005): Charity pleads for tolerance as autistic youngsters face Asbos. The Observer, 22.05.2005.

Cabinet Office (1999): Modernising government, London: HMSO.

Clarke, John/Glendinning, Caroline (2002): Partnership and the remaking of welfare governance. In: Caroline Glendinning/Martin Powell/Kirstein Rummery (Hg.), Partnerships, New Labour and the governance of welfare, Bristol: Policy Press, S. 33-50.

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Clarke, Ron (Hg., 1992): Situational crime prevention. Successful case studies, New York: Harrow and Heston.
Clarke, Ron/Mayhew, Patricia (Hg.) (1980): Designing out crime, London: HMSO.
Cochrane, Allan (1999): Redefining urban politics for the twenty-first century. In: Andrew Jonas/David Wilson (Hg.), The urban growth machine: critical perspectives two decades later, Albany: State University of New York Press, S. 109-24.
Coleman, Roy (2004): Reclaiming the streets: Surveillance, social control and the city, Cullompton: Willan.
Cox, Kevin (1993): The local and the global in the new urban politics: A critical view. Environment and Planning D: Society and Space 11 (4), S. 433-48.
Crawford, Adam (1998): Crime prevention and community safety, London: Longman.
Crawford, Adam/Lister, Stuart (2004): The extended policing family: Visible patrols in residential areas, York: Joseph Rowntree Foundation.
Dorling, Danny/Thomas, Bethan (2004): People and places: A 2001 Census atlas of Britain, Bristol: Policy Press.
Elden, Stuart (2001): Politics, philosophy, geography: Henri Lefebvre in recent Anglo-American scholarship. Antipode 33 (5), S. 809-25.
Fitzpatrick, Suzanne/Kennedy, Catherine (2000): Getting by: Begging, rough sleeping and The Big Issue in Glasgow and Edinburgh, Bristol: Policy Press.
Garland, David (2001): The culture of control, New York: Oxford University Press.
Gilling, Daniel (2001): Community safety and social policy. European Journal on Criminal Policy and Research 9 (4), S. 381-400.
Glasgow Alliance (2000): Creating Tomorrow's Glasgow. Delivering a strategy for Glasgow 2001-2005, Glasgow: Glasgow Alliance.
Gregory, Derek (1994): Geographical imaginations, Cambridge, MA: Blackwell.
Hancock, Lynn (2001): Community, crime and disorder, Houndmills: Palgrave.

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Harvey, David (1989): From managerialism to entrepreneurialism: The transformation in urban governance in late capitalism. Geografiska Annalers 71B (1), S. 3-17.

Helms, Gesa (2003): Towards safe city centres? Remaking the spaces of an old-industrial city. PhD thesis, Glasgow: University of Glasgow.

Her Majesty The Queen (2005): Queen's speech 17 May 2005, www.number-10.gov.uk/output/Page7488.asp (1.6.2005).

Hudson, Ray (1998): Restructuring region and state: the case of northeast England. Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie 89 (1), S. 15-30.

Hughes, Gordon/Edwards, A. (Hg., 2002): Crime control and community: The new politics of public safety, Cullompton: Willan.

Hughes, Gordon/McLaughlin, Eugene (2002): „Together we'll crack it": Partnership and the governance of crime prevention. In: Caroline Glendinning/Martin Powell/Kirstein Rummery (Hg.), Partnerships, New Labour and the governance of welfare, Bristol: Policy Press, S. 149-66.

Imrie, Rob/Raco, Mike (2003): Community and the changing nature of urban policy. In: Rob Imrie/Mike Raco (Hg.), Urban Renaissance? New Labour, community and urban policy, Bristol: Policy Press, S. 3-36.

Innes, Martin (1999): „An Iron Fist in an Iron Glove?" The Zero Tolerance Policing Debate. The Howard Journal of Criminal Justice 38 (4), S. 397-410.

Johnston, Les (2000): Policing Britain. Risk, security and governance, Harlow: Longman.

Lefèbvre, Henri (1966): Dialektischer Materialismus, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Lefèbvre, Henri (1968): The sociology of Marx, London: Allen Lane.

Lefèbvre, Henri (1991): The production of space, Oxford: Blackwell.

Lipp, Carola (1990): Writing history as political culture. Social history versus „Alltagsgeschichte". A German debate. History of Historiography 17 (1), S. 66-100.

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Lüdtke, Alf (Hg., 1992): „Sicherheit" und „Wohlfahrt": Polizei, Gesellschaft und Herrschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Lüdtke, Alf (1997): Alltagsgeschichte – Aneignung und Akteure. Werkstatt Geschichte 6 (17), S. 83-92.
Lyon, David (2001): Surveillance society. Monitoring everyday life, Buckingham: Open University Press.
Medick, Hans (1996): Weben und Überleben in Laichingen 1650-1900. Lokalgeschichte als Allgemeine Geschichte, Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht.
Mooney, Gerry/Johnstone, Charles (2000): Scotland divided: Poverty, inequality and the Scottish parliament. Critical Social Policy 20 (1), S. 155-82.
ODPM (2005): Sustainable communities: People, places and prosperity, London: HMSO.
OECD (2002): Urban Renaissance. Glasgow: Lessons for innovation and implementation, Paris: OECD.
Scarman, Lord (1981): Report into the Brixton riots, London: HMSO.
Smith, Neil (1998) Antimonies of space and nature in Henri Lefebvre's The Production of Space. In: Andrew Light/Jonathan Smith (Hg.), The production of public space, Banham, Maryland: Rowman & Littlefield, S. 49-69.
Thrift, Nigel (1996): The still point: resistance, expressive embodiment and dance. In: Steve Pile/Michael Keith (Hg.), Geographies of resistance, London: Routledge, S. 124-51.
Urban Task Force (1999): Towards an urban renaissance, London: DETR.
Wacquant, Loïc (2001): The penalisation of poverty and the rise of neo-liberalism. European Journal on Criminal Policy and Research 9 (4), S. 401-12.
Williams, Raymond (1983): Keywords: a vocabulary of culture and society, London: Fontana.
Wilson, James/Kelling, George (1982): Broken windows. Atlantic Monthly March, S. 29-38.

https://doi.org/10.14361/9783839404089-006 - am 13.02.2026, 16:10:03. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -